

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 6000 Mark. Einzelne Nummern 250 Mark.
Fernsprecher: Geschäftsbüro Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.



Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 500 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 1000 M., unter Eingeladn 1500 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturzentbank, Jahresbericht und Rechnungsbuch der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpfänden auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 129

Mittwoch, 6. Juni

1923

Baldwins Gelegenheit.

Eine Warnung der „Times“.

London, 6. Juni.
In einem „Baldwin's Gelegenheit“ überschriebenen Zeitungsbeitrag führen die „Times“ an: Das wirtschaftliche Chaos Frankreichs werde endlich die erste Folge des neuen Premierministers sein, der im kaufmännischen Leben groß geworden sei und Finanzverfahrungen im Schatzamt unter zwei Ministerien gesammelt habe. Das Grundproblem sei die endgültige Regelung der deutschen Reparationen. Wenn sie erfolgt sei, so werde jede andere Regelung leichter gemacht werden. Es dürfe kein Versuch gemacht werden, die Reparationsfrage mit der Frage der französischen Sicherheit zu verknüpfen. Es drohe Frankreich angeblich eine Invasion. Diese Gefahr bestehe auch nicht, solange die alliierten Heere das Rheinland besetzt hielten. Die Wiederherstellung der Sicherheit erzeuge außerdem immer nationalpolitische Reibereien. Es sei wesentlich, daß die Reparationsfrage so leidenschaftlos wie möglich erledigt werde. Die sei ein wirtschaftliches Problem, das auf wirtschaftlichem Wege gelöst werden müsse. Es sei wesentlich, daß die gegenwärtige britische Regierung mit diplomatischer Mäßigkeit auf Frankreichs Wünsche, verknüpft mit nächster Erkenntnis der wirtschaftlichen Tatsachen, vorgehe. Sides zu betonen, sei freilich keineswegs leicht. Baldwin werde jedoch den Vorteil der Unterstützung Lord Curzon auf dem einen Gebiet und der Unterstützung Mac Donnald auf dem anderen Gebiete besitzen. Inzwischen vermehre jede Verzögerung die Schwierigkeiten einer Lage, die unendlich verschlimmert würde durch die französisch-deutsche Beziehung des Ruhrgebietes. Deutschlands Reparationszahlungen hätten aufgehört. Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands sei vermindert worden. Und was noch schlimmer sei, der Geist der Feindseligkeit sei in Deutschland über und bitter geworden. Alle deutschen Staaten, die noch vor Monaten einig gewesen seien, würden in eine fest geschlossene Opposition zusammengebrochen. Die Einwohner des Ruhrgebietes hätten sich aus eigenem Willen der Besatzung ihrer Freiheiten widersetzt. Ihre Haltung habe Vergeltungsmassnahmen der französischen Verwaltung hervorgerufen. Es sei keine Überreibung, wenn gesagt werde, daß jetzt eine Herrschaft des Terrors geschaffen würde. Alle deutschen Beamten, die den Befehlen des Generals Degoutte nicht nachkämen, würden eingekerkert oder ausgewiesen. Die Zahl der Verurteilten werde in die Tausende wuchern.
Die Familien der Opfer würden einige Tage später aus ihren Häusern abgehoben, ohne Schutz, ohne Geldmittel, ohne Verpflegung und nur im Herd. Erschütterungen und Narben würden zahlreicher. Die industrielle Erholung, die sich endlich in England zu zeigen begann, sei zum Stillstand gekommen. Der britische Handel im östlichen Gebiete sei gefährdet. Der vollständige finanzielle Zusammenbruch Deutschlands könne für niemanden von Vorteil sein. Trotzdem würde dieser Zusammenbruch Deutschlands eine sichere Folge der französischen Politik sein, wenn sie nicht sofort und praktisch abgeändert werde. Es seien Anzeichen vorhanden, daß Belgien ungeduldig werde und gern seinen Anteil am Ruhrgebiet los werden wolle. Die Haltung Belgiens sei zweifellos nicht unvereinbar mit der Großbritanniens. Die Versailles Konferenz könne das Vorbild für eine höhere Zusammenkunft sein, auf der Italien und Großbritannien ebenfalls anwesend sein würden.

Pariser Stimmungsmache gegen das deutsche Angebot.

Paris, 6. Juni.
Nach Meldungen einigerblätter beachtliche die deutsche Regierung, in ihrer Note ein Ro-

toratorium von vier- oder fünfjähriger Dauer zu beantragen. Wenn das der Fall sein sollte, so läßt sich nur sagen, daß ein solches Verlangen nicht nur bei den hierigen amtlichen Stellen, sondern bei der Gesamtheit der französischen öffentlichen Meinung einschließlich der sozialistischen auf den schärfsten Widerstand stoßen würde. Man ist hier in den breitesten Kreisen der Auffassung, daß, selbst wenn die deutsche Regierung in den nächsten Jahren aus den laufenden Reicherlösen für die Reparationen nichts zu erbringen vermöge, sie auf

dem Wege innerer Anleihen wenigstens einen Teil der erforderlichen Beträge aufzubringen in der Lage sein müsse, und man verweist dabei auf die Tatsache, daß, während Frankreich in den vier Jahren seit Kriegsende an 100 Milliarden Francs auf dem inneren Geldmarkt zu finden vermocht hat, in Deutschland in dieser Richtung bisher so gut wie nichts geschehen sei. Die Verzögerung der neuen deutschen Vorschläge ist von der feindlichen Propaganda benutzt worden, um die verschiedensten Verbindungen und Kombinationen über Form und Inhalt des nun seit Wochen angekündigten und

immer wieder hinaufgeschobenen neuen deutschen Angebotes zu verbreiten. Der Zweck dieser Wander ist nicht schwer zu durchschauen. Durch eine gezielte Kritik sollen die deutschen Vorschläge, wie auch immer sie ausfallen mögen, bereits im voraus torpediert werden. Der „Temps“ wiederholt die offizielle Erklärung, daß die französische Regierung nur mit innerem Widerstreben und gedrängt durch äußere Notwendigkeiten sich sowohl zu dem isolierten Vorgehen im Ruhrgebiet wie auch zu der separaten Beantwortung der letzten deutschen Note entschlossen hätte. Er tat das in der Absicht, London und Brüssel im Voraus die Verantwortung zuzuschreiben, falls sich diesmal „trotz der französischen Bereitschaft zu einer Verständigung mit den Alliierten“ eine Kollektivantwort auf die neue deutsche Note als unmöglich erweisen sollte. Der springende Punkt für die französische Regierung sei, welche Antwort Deutschland auf die von ihr gestellte Vorbedingung der Aufgabe des passiven Widerstandes geben werde. Erfülle die deutsche Regierung diese Bedingung nicht oder gehe sie in ihrer Note mit Stillschweigen darüber hinweg, so erwarte Frankreich, daß alle Alliierten sich mit ihm vereinigen würden, um Deutschland die Erfüllung dieser Forderung aufzuerlegen. Das sei das Kriterium, nach dem man in Frankreich die Möglichkeit einer gemeinsamen Antwort beurteile. Aber der Nachdruck, mit dem die belgische Regierung auf eine abschließende Regelung der Reparationsfrage und damit zugleich auf die Liquidation der Ruhrpolitik drängt, und die Unterstützung, die dabei offenbar in der größten Aktivität der neuen englischen Regierung gegenüber den europäischen Problemen findet, ist in Paris nicht ohne Wirkung geblieben. Die von England und Belgien gewünschte gemeinsame Beantwortung findet eigentlich nur noch in der national-liberalen Presse Widerstand, während der Regierung nachstehende Organe die öffentliche Meinung darauf vorbereiten sehen, daß Frankreich sich der von den übrigen Alliierten angestrebten Kollektivantwort nicht enthalten könne, ohne seine diplomatische Position zu schwächen.

Der Frieden ist möglich.

Paris, 6. Juni.
Unter dem Vorhug von Painlevé und Vandervelde fand laut Havas in Toulouse ein Gedächtnisfest für Laurous statt. Der Abgeordnete Roulet verlas eine von Anatole France verfasste Rede, in der es heißt: Es gibt eine Sache, die alle einen kann, linksrepublikaner und Sozialisten, die Wiederherstellung des Friedens. Wie machtvoll würde Jaurés seine Stimme für den Frieden donnern lassen nicht für jenen Frieden, unter dem im Saar- und Ruhrgebiet die Feindseligkeiten fortgesetzt werden, sondern für den wahren Frieden, der eine wahre Annäherung zwischen allen Nationen in erster Linie zwischen Frankreich und Deutschland herbeiführen müßte. Er ist möglich. Beweisen wir, daß wir der Rede von Jaurés treu bleiben. Einigen wie uns in Frankreich, die Reaktion niederzuschlagen. Einigen wie uns in Europa, um den Frieden wieder herzustellen.

Der Vertrag von Versailles moralisch ungültig.

London, 6. Juni.
Die religiöse Gesellschaft der Freunde in England hat einen Aufruf an die Völker und an die Regierungen gerichtet, in dem es heißt: Der Vertrag von Versailles hat Frankreich und der Welt weder Frieden noch Sicherheit gebracht. Durch seine Erzwingung wird der Militarismus in Deutschland fest verankert, der Friedenswille zerstört, der Geist der Rache gestärkt. Und bedrückt hauptsächlich seine grundsätzliche Unmoralität. Es war ein Unrecht, die Besiegten von der Friedenskonferenz auszuschließen. Es war ein Unrecht, die Alliierten zu unterstellen und das Bekenntnis dieser Schuld durch die Waffe der

Die gecheiterte Markstützungsaktion.

Vernehmung weiterer Sachverständiger.

Berlin, 5. Juni.
Der Ausschuss des Reichstages zur Untersuchung der Vorgänge, die zum Scheitern der Markstützungsaktion geführt haben, hatte zu seiner heutigen zweiten Sitzung den Reichsbankpräsidenten Havenstein, die Staatssekretäre Bergmann, Trendelenburg (Wirtschaftsministerium), Schröder (Finanzministerium), den Staatskommissar für die Börse, Geh. Rat Lippert, Geh. Rat Kaufmann von der Reichsbank und den Bankier Loeb (Bankhaus Meißner) zur Auskunftserteilung geladen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende, Abgeordneter Lange-Degetmann (Zent.), mit, daß der Ausschuss in der Zwischenzeit zwei nicht öffentliche Sitzungen abgehalten habe. Der Vorsitzende wandte sich dann an die Presse und bat sie, dem Ausschuss nicht mehr Bedeutung beizulegen, als er tatsächlich habe.

Der Ausschuss trat nunmehr in seine Tagesordnung ein und hörte zunächst den Bankier Loeb, der als bankfachlicher Berater bei der Stützungsaktion mitgewirkt hatte. Dieser erklärte, die Sachverständigen hätten sich von Anfang an, in vollem Einverständnis mit den zuständigen Stellen, auf den Standpunkt gestellt, daß der Stützungsversuch der Mark nur für eine gewisse Zeit Aussicht auf Erfolg hätte.

Staatssekretär Dr. Bergmann schloß sich den Ausführungen des vorher vernommenen Gutachters an.

Der Staatskommissar an der Börse, Geh. Rat Lippert, sagte aus: Die bisher gehörten Gutachten kann ich nur durch den Hinweis auf die Tatsache ergänzen, daß die französische Regierung durch ihre Stellungnahme gegenüber der Ausgabe der Dollarwechselweisungen und der Garantieerklärung der Reichsbank, und daß ferner die Ausnahme der Rede des Außenministers Rosenbergs vom 16. April in Frankreich das Vertrauen der Welt und der deutschen Wirtschaft in eine weitere Möglichkeit, den Kurs zu halten, wesentlich geschwächt hat.

Auf eine Frage des Abg. Robert Schmidt (Soz.) erwiderte

Reichsbankpräsident Havenstein:
Die Frage, wie hoch die Devisenbestände der Bank und die deutsche Wirtschaft sind, ist sehr unklar. Im Ausland nimmt man phantastisch hohe Ziffern. Ich glaube, daß ich die Devisenbestände, die unsere Wirtschaft überhaupt hat, besonders im Ausland, mit einer Summe von zwei Milliarden Goldmark keineswegs unterschätze, wahrscheinlich sehr weit überschätze. Wir haben den Begriff der Zahl verloren.

Zeit Mitte 1920 bis heute ist ein Passivsaldo der Handelsbilanz von etwa sechs Milliarden Goldmark eingetreten. Zur Abdeckung dieses Passivsaldo mußte unsere Kreditfähigkeit im Ausland fast angepaßt werden. Es konnte also nicht aus der Ausgabe und aus dem laufenden Markt auch noch eine Markvermehrung an Devisen gesammelt werden.

Abg. Schmidt (Soz.) vermittelte in dieser Antwort die Verdrängung des Effekten- und Grundstücksverkaufs an das Ausland.

Reichsbankpräsident Havenstein erwiderte, daß aus dem großen Kreis beteiligter Banken nur ein einziger Vertreter die Summe von drei Milliarden Goldmark als Devisenbestand für möglich gehalten habe.

Bankier Loeb verneinte die Frage, ob die Devisenbestände lediglich aus volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten angeschafft worden seien. Es sei schwer, dem einzelnen Kontobesitzer in die Seele zu schauen.

Abg. Schmidt (Soz.) machte darauf aufmerksam, daß durch Anlegung von großen Beständen für den späteren Wiederaufbau über die unmittelbaren und augenblicklichen Bedürfnisse hinaus der Devisenmarkt schwer belastet werde.

Bankier Loeb gab zu, daß die Devisenbestände in normalen Zeiten geringer gewesen sind, hielt sie aber für eine Notwendigkeit, zum Beispiel für Einfuhrverläufe und -läufe.

Auf eine weitere Frage des Abg. Schmidt (Soz.) erklärte Bankier Loeb, es gebe natürlich auch Bankkunden, die Devisen anschaffen, obwohl sie überhaupt gar keinen Geschäftsbetrieb haben.

Auf eine Frage des Abg. Dusch (D. Sp.) erwidert der Sachverständige Trendelenburg, daß er eine Befragung von Devisen auf dem Umwege über ausländische Wertberwertungsgesellschaften für unmöglich hält.

Abg. Schmidt (Soz.) fragt den Reichsbankpräsidenten, ob die in der Presse vielfach geäußerte Meinung zutrifft, daß die vor der Reichsbank gewährten Kredite auf dem Devisenmarkt verwendet worden sind.

Reichsbankpräsident Havenstein:
Zu Devisen gekauft werden können aus den von der Reichsbank zur Verfügung gestellten Krediten, darüber ist kein Zweifel.

Wenn aber in der Presse der Meinung Ausdruck gegeben worden ist, daß die Reichsbank die Devisenbank ein besonderer Faktor gewesen sind, der nicht wirkt, die genannte Möglichkeit in großem Maße zu verstärken, so kann ich diese Frage auf vollster Überzeugung verneinen.

Unser ganze Stützungsaktion hätte mit dem verhängnisvollsten Faktor zu kämpfen, der wir auf der einen Seite beschaffen mußten, die Mark an uns zu ziehen und andererseits durch die weltpolitischen Verhältnisse gezwungen waren, angemessene neue Geldbeiträge in den Verkehr zu werfen.

Auf Anfrage des Abg. Schmidt (Soz.) teilt Staatssekretär Trendelenburg mit, daß auf Grund der alten Devisenordnung vom Oktober vorigen Jahres Bestrafungen erfolgt seien.

Hieran knüpft sich eine Geschäftsordnungsdebatte über die Frage einer besonderen Behandlung der Teufelndelikt und der Kontrolle in besonderer Sitzung.